

A1 Leitantrag zur 79. Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Rheinland-Pfalz

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz
Beschlussdatum: 01.04.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Anträge

Antragstext

1 Globale Krisen prägen unseren Alltag, die Klimakrise verschärft sich & ab der
2 nächsten Legislaturperiode des rheinland-pfälzischen Landtages werden 24
3 Faschist*innen im Parlament sitzen. Rechte Raumergreifung ist dabei nicht mehr
4 nur ein einzelnes Phänomen, sondern geht einher mit offengelegter Strategie.
5 Seit Sommer 2025 wird diese Strategie in Rheinland-Pfalz aktiv umgesetzt. Dafür
6 wird ein Gasthof in Gauersheim im Donnersbergkreis zum Vernetzungsort für
7 jegliche Akteure der rechten Szene. Mit dem sogenannten "Treffpunkt Nordpfalz"
8 bietet die AfD soziale Vernetzungsmöglichkeiten & spricht auch Leute außerhalb
9 ihrer eigenen Reihen an. Das zeigt uns: Die AfD hat den Nährboden für
10 rechtsextreme Ideologien in Rheinland-Pfalz nicht nur gefunden, sie haben schon
11 längst die Saat gesetzt. Bei Gauersheim wird es auch nicht bleiben & diese Orte
12 für die rechte Szene werden durch die zunehmende parlamentarische Präsenz der
13 AfD nur noch erweitert. Dabei liegt ihr Fokus vor allem auf dem ländlichen Raum.
14 Unser Ziel als GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz muss sein, diesem Nährboden für
15 rechte Raumergreifung den Garaus zu machen!

16 Rheinland-Pfalz nicht den Faschos überlassen!

17 Wir lassen uns unsere Zukunft nicht nehmen! Die AfD konnte ihr Ergebnis bei der
18 Landtagswahl mehr als verdoppeln. In den kommenden fünf Jahren werden die GRÜNEN
19 die einzige demokratische Opposition zur Großen Koalition unter Gordon Schnieder
20 bilden. Sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene sind weitere Angriffe auf
21 Demokratieinitiativen & den Sozialstaat zu erwarten. Dieser Ausblick ist düster.
22 Trotzdem oder gerade deswegen ist es nun aber nicht an der Zeit, den Kopf hängen
23 zu lassen!

24 Worauf es jetzt ankommt, ist Durchhaltevermögen & Strukturaufbau.

25 Dort, wo zivilgesellschaftliche Infrastruktur angegriffen wird, solidarisieren
26 wir uns & schmieden demokratische Bündnisse. Unser Fokus vor Ort liegt darauf,
27 ein Bindeglied zwischen Protest auf der Straße & Politik in Parlamenten sowie
28 kommunalen Gremien zu bilden. Dazu gehört für uns die Bündnisarbeit mit
29 politischen Jugendorganisationen, Gewerkschaften, lokalen Demokratieverbänden
30 sowie den Ortsgruppen der OMAS GEGEN RECHTS. Als GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz
31 wollen wir offen & ansprechbar für junge Menschen, die Anschluss suchen, sein.
32 Wir wollen soziale Räume schaffen, in denen sich auch von Marginalisierung
33 Betroffene sicher fühlen können. Dabei müssen verstärkt ländliche Regionen &
34 strukturschwache Orte Berücksichtigung finden. Solidarität, Austausch &
35 gemeinsame Projekte zwischen Kreisverbänden mit Strukturunterschieden wollen wir
36 fördern.

37 Wir nehmen unsere Zukunft selbst in die Hand!

38 Die Landtagswahl hat uns gezeigt: Viele junge Menschen fühlen sich von der
39 Partei Bündnis '90/Die Grünen nicht mehr repräsentiert. Um das zu ändern & zu
40 zeigen, wie wichtig eine progressive, antifaschistische & feministische Stimme

41 ist, wollen wir uns als GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren
42 vermehrt dem ländlichen Raum widmen. Dafür wollen wir unseren
43 Verantwortungsträger*innen vor Ort mehr Ressourcen zur Verfügung stellen. Den
44 Herausforderungen der kommenden Jahre wollen wir uns Hand in Hand mit unserer
45 Mutterpartei stellen. Deshalb setzen wir uns für die Umsetzung folgender Punkte
46 bei Bündnis 90/Die Grünen ein:

47 Wir fordern...

48 ... die flächendeckende Eröffnung von grünen Regionalbüros in ganz Rheinland-
49 Pfalz.

50 ... dass finanzielle, zeitliche & personelle Ressourcen der Partei solidarisch
51 geteilt werden.

52 ... eine Sammelstelle, die zwischen Kreisverbänden Bedarfsgesuche & Hilfsangebote
53 vermittelt

54 ... eine aktivierende Strategie & Mitgliederkampagne für den ländlichen Raum, die
55 in Zusammenarbeit mit der GJ vor allem auch junge Menschen ansprechen soll.

A2 Der Schlachthofprozess - von Tierschutzskandal bis zu demokratiegefährdender Klassenjustiz

Antragsteller*in: Moritz Weigslberger (KV Landau)

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Anträge

Antragstext

1 Forderung:

2 Aktivisti haben zum ersten Mal Videomaterial, wie Schweine per CO2 betäubt
3 werden, veröffentlicht. Nun wird mit einer Einschüchterungsklage versucht, das
4 Videomaterial wieder aus dem Verkehr zu ziehen und Aktivisti nachhaltig
5 abzuschrecken. Die entscheidende Verhandlung ebendieses Schlachthofprozesses
6 findet am 28. April vor dem Oberlandesgericht Oldenburg statt.

7 Die GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz steht an der Seite der Aktivisti und fordert
8 Konsequenzen aus der Veröffentlichung:

- 9 • Die CO2-Betäubung soll perspektivisch verboten werden.
- 10 • Bis dahin soll sich die geplante Videoüberwachung auf Schlachthöfen
11 explizit
12 auch auf Gasschächte erstrecken und die Aufnahmen öffentlich zugänglich
13 machen.
- 14 • Auf Bundes- und Landesebene sollen unabhängige Tierschutzbeauftragte
15 eingerichtet werden, um Verstößen gegen das Tierschutzgesetz
16 vollumfänglich nachgehen zu können. Auf Bundesebene muss die
17 Parteionabhängigkeit wiederhergestellt werden, im Land Rheinland-Pfalz
18 soll von der neuen Landesregierung ein*e Tierschutzbeauftragte*r als
19 sinnvolle Ergänzung zum Landestierschutzgesetz eingeführt werden.

20 Die GJ RLP solidarisiert sich öffentlich mit den Aktivisti und ruft zur
21 Teilnahme an der Demonstration in Oldenburg am 28. April auf.

22 Hintergrund:

23 Die CO2-Betäubung betrifft rund 80% der in Deutschland geschlachteten Schweine -
24 allein 2023 waren es über 33.000.000.

25 Blackbox CO2-Betreibung:

26 Während die CO2-Betäubung von Schlachthofbetreiber_innen stets als human
27 dargestellt wird, wirft sie durchaus Fragen auf, wenn man bedenkt, dass der
28 Betäubung der Tiere ein qualvoller und panischer Erstickungskampf von rund 30
29 Sekunden vorausgeht - bei zu niedriger CO2-Konzentration in der Luft sogar von
30 bis zu 100 Sekunden und mit der Gefahr nachlassender Betäubung, die zu einem
31 Bewusstsein der Tiere bei der Schlachtung führt.

32 Es ist nicht verwunderlich, dass es viele journalistische Anfragen gab, diesen
33 Prozess aufnehmen und veröffentlichen zu dürfen - so von einem NDR-Journalisten
34 bei zehn großen Schlachthöfen. Doch bis Mai 2024 wurde jede Möglichkeit zu
35 sehen, wie grausam
36 diese Praxis tatsächlich ist, untersagt.

37 Die ersten Videoaufnahmen aus dem Gasschachacht

38 Die Aktivistin Anna Schubert und Hendrik Hassel haben daher im Rahmen einer
39 investigativen Recherche aufgenommen, was tatsächlich im Gasschacht geschieht.

40 Es war das erste Mal, dass solches Bildmaterial veröffentlicht wurde - und der
41 Anblick
42 dieser Grausamkeit ist kaum auszuhalten.

43 Abschreckung und der Kampf darum, dass die Bilder verschwinden

44 Obwohl gerichtlich festgestellt wurde, dass das Videomaterial von großem
45 öffentlichen Interesse ist, sehen sich die beiden Aktivistin nun mit Klagen
46 konfrontiert - die Bilder sollen wieder verschwinden und Aktivistin nachhaltig
47 abgeschreckt werden. Für Anna Schubert und Hendrik Hassel kann ihr Einsatz
48 existenzbedrohend teuer werden.

49 Dieses Vorgehen ist nicht neu: Etwa bei Vorwürfen von sexuellem Missbrauch oder
50 Machtmissbrauch sehen sich häufig finanziell schwach aufgestellte Betroffene
51 Einschüchterungsklagen reicher mutmaßlicher Täter gegenüber. Es folgen hohes
52 finanzielles Risiko, großer zeitlicher und emotionaler Aufwand und geringe
53 Aussichten auf Gerechtigkeit. Dass Einschüchterungsklagen aktuell derart
54 eingesetzt werden können, macht unser Rechtssystem zu einem Pay-to-win-System.

55 SLAPP-Einschüchterungsklage

56 Wie von der unabhängigen No-SLAPP-Anlaufstelle bewertet, liegen nun auch beim
57 Schlachthofprozess viele Merkmale eines sogenannten "Strategic Lawsuit Against
58 Public
59 Participation" (SLAPP) vor, zumal die folgenden Merkmale festgestellt wurden:

- 60 • erhebliches Machtungleichgewicht zwischen Einzelpersonen und klagenden
61 Unternehmen,
- 62 • überzogener Streitwert von 140.000 €,
- 63 • Doppelstrategie aus Strafanzeige und Zivilklage,
- 64 • der Versuch, journalistisch relevante und per Gericht als authentisch,
65 nicht manipuliert und von großem öffentlichen Interesse bestätigte
66 Aufnahmen löschen zu lassen.

67 Was folgt daraus?

68 Wir als GJ RLP stehen an der Seite der Betroffenen des Schlachthofprozesses -
69 auch, weil das Urteil Auswirkungen auf ähnliche Strafprozesse in der Zukunft
70 haben wird.

71 Zivilgesellschaftliche Aufklärung darf nicht kriminalisiert werden - unser
72 Rechtssystem muss schützen und darf die Mächtigen und Reichen nicht bevorzugen,
73 geschweige denn sie gar vor den Konsequenzen ihrer Verbrechen bewahren.

74 Wir lehnen strategische Abschreckungsklagen strikt ab.

75 Zudem fordern wir, dass aus den grausamen Bildern die anfangs genannten
76 Konsequenzen folgen.

77 Leichte Sprache

- 78 In Deutschland werden viele Schweine getötet.
79 Fast alle Schweine werden mit Gas betäubt.
80 Das Gas heißt Kohlendioxid oder kurz CO₂.
81 Es soll die Tiere ruhig machen, bevor sie sterben.
- 82 In Wirklichkeit leiden die Tiere sehr.
83 Sie bekommen keine Luft mehr.
84 Sie bekommen Angst und Panik.
85 Das dauert etwa 30 Sekunden.
86 Manchmal auch über 1 Minute.
87 Einige Tiere wachen wieder auf.
88 Dann sind sie beim Töten wach.
- 89 Viele Menschen wollten wissen, wie das genau passiert.
90 Sie wollten das filmen.
91 Große Schlachthöfe haben das nicht erlaubt.
92 Niemand durfte bis 2024 filmen.
- 93 Zwei Aktivist*innen haben es trotzdem getan.
94 Sie heißen Anna Schubert und Hendrik Hassel.
95 Sie haben mit versteckter Kamera gefilmt.
96 Man sieht auf den Videos: Den Schweinen geht es sehr schlecht.
97 Die Bilder sind schwer zu ertragen.
- 98 Ein Gericht sagt:
99 Die Videos sind echt.
100 Und die Menschen in Deutschland dürfen sie sehen.
- 101 Trotzdem wollen die Schlachthöfe die Videos löschen lassen.
102 Anna Schubert und Hendrik Hassel werden verklagt.
103 Eine Klage bedeutet: Jemand zieht vor Gericht.
104 Das kann sehr teuer werden.
- 105 Solche Klagen heißen „Einschüchterungsklagen“.
106 Reiche Firmen benutzen solche Klagen, um Menschen Angst zu machen.
107 So wollen sie verhindern, dass die Wahrheit bekannt wird.
- 108 Wir finden: So darf es nicht sein.
109 Menschen, die Missstände zeigen, müssen geschützt werden.
110 Das Recht darf nicht die Reichen bevorzugen.
- 111 Wir fordern:
- 112 • Die CO₂-Betäubung muss verboten werden.
 - 113 • Solange es sie noch gibt, müssen in Schlachthöfen Kameras hängen.
 - 114 • Die Betäubung muss gefilmt werden.
 - 115 • Die Videos müssen für alle Menschen sichtbar sein.
 - 116 • Unabhängige Menschen im Bund und in den Ländern müssen sich um die Tiere kümmern.
 - 117